

# grh Mitteilungen <sup>10</sup>/<sub>21</sub>

Gesellschaft zur Rechtlichen und Humanitären Unterstützung e.V.

AG Charlottenburg RNr.: 14285 Nz

Franz-Mehring-Platz 1 ★ 10243 Berlin ★ Tel./Fax: 030 2978 4225 ★ E-Mail: [verein@grh-ev.org](mailto:verein@grh-ev.org)  
Internet: [www.grh-ev.org](http://www.grh-ev.org) ★ Geschäftszeiten: Dienstag und Donnerstag 09.00 bis 14.00 Uhr  
Konto bei der Berliner Volksbank, IBAN: DE53 1009 0000 5788 9000 09 BIC: BEVODEBB  
Herausgeber: Der Vorstand ★ V.i.S.d.P. : Hans Bauer

---

## Gedanken zur Wahl

*Hans Bauer*

Endlich geschafft, das Wahlspektakel ist beendet. Aber nicht wirklich. Die Entscheidung zwischen SPD und CDU ist knapp ausgefallen. Beide Spitzenkandidaten behaupteten daher, den Auftrag zur Regierungsbildung erhalten zu haben. Bedenkt man, dass von den über 61 Millionen wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern Deutschlands die beiden sogenannten Volksparteien von insgesamt nur knapp 23 Millionen, d.h. ca. 37 %, gewählt wurden, wird die schmale Legitimation durch das Volk deutlich.

Der "Wahlkampf" war ein Musterbeispiel bürgerlicher Demokratie. Im Zentrum standen kaum konkrete Inhalte, wie ein Deutschland der Zukunft aussehen soll, sondern Show, Parteitaktik, Äußerlichkeiten und Oberflächliches bestimmten über Monate das politische Geschehen.

Angewandt - so wurde behauptet - war dies eine *Richtungswahl*. Als ginge es um eine andere Politik, ein anderes Deutschland. Dabei stand die Richtung vorher schon fest: Die Machtansprüche des imperialistischen Deutschlands in der Welt durchsetzen, politisch, wirtschaftlich, militärisch; das Monopolkapital stärken; das Volk irreführen und mit Versprechungen, Lügen und Almosen ruhig stellen.

Nun starten die Parteien zum Koalitionstheater. Wurde im ersten Akt der Aufführung noch um jede Stimme gerungen, spielt die jetzt keine Rolle mehr. Der Souverän ist

nicht mehr gefragt. Jetzt wird unter den Partieliten gehandelt und gefeilscht. Um Machtausübung und Teilhabe an der Macht. Wer mit wem. Grün und Gelb sind dabei die Königsmacher. Nur wenn sich beide - Grüne und FDP - gemeinsam einer der größeren Parteien SPD und CDU/CSU anschließen, kommt eine parlamentarische Mehrheit im Bundestag zustande. Es sei denn, eine Große Koalition wird gebildet, was bisher alle ablehnten.

Die Unterschiede zwischen den jetzt handelnden vier Parteien sind im wesentlichen unbedeutend und marginal. Am Ende wird ein Koalitionsvertrag stehen. Für mich ist interessant, was nicht oder kaum thematisiert wurde. Das sind Fragen von Krieg, Frieden und Abrüstung, die Einhaltung des Völkerrechts und die Sanktionspolitik. Selbst Diskussionen um Klimawandel sparten Wahrheiten aus. Kein Wort zur Verantwortung von Rüstung und Militärmanöver für Klima und Umwelt. Übrigens auch nicht von den grünen Klimaaktivisten. Das wäre auch unvereinbar mit ihrer Kriegs- und feindseligen Rhetorik gegen Russland und China. Die dringend notwendige und von der Mehrheit der Bevölkerung geforderte Normalisierung der Beziehungen zu diesen Staaten spielte gar keine Rolle. Und Ostdeutschland wurde so gut wie nicht erwähnt. z. B. wo die wirklichen Ursachen für die Unzufriedenheit im Osten liegen. Lediglich wenn es um die LINKE ging, wurde das Gespenst des Kommunismus an die Wand gemalt. Aber diese Partei will schon lange nichts mehr mit dem Kommunismus und der DDR zu tun haben -

auch eine Ursache ihrer verheerenden Niederlage.

Viele der weiteren 41 an der Bundestagswahl teilnehmenden kleineren Parteien hatten zwar in einzelnen Bereichen erstrebenswerte Ziele; angesichts der fehlenden Lobby, Mittel und Gegenpropaganda blieb die 5%-Marke aber in weiter Ferne. Das betraf besonders auch die DKP mit nur geringem Stimmenzuwachs. Aus meiner Sicht war die DKP die einzige Partei, die neben sozialen auch Fragen der NATO und Rüstungspolitik Deutschlands aufwarf und offensiv Frieden und Freundschaft mit Russland und China forderte. In vielen kämpferischen Wahlveranstaltungen - als Bundestagskandidat dieser Partei nahm ich an einigen teil - konnte man Interesse und Sympathien für die DKP spüren. insbesondere auch für ihre Forderungen. Die "Kultur" des Wahlkampfes, die Spaltung der kommunistischen/sozialistischen Bewegung, antikommunistische Propaganda und ungenügende offensive Präsenz der Partei in den Regionen erschweren aber m. E. größere Wahlerfolge. Gerade weil bürgerliche Wahlen die Gesellschaft nicht grundlegend verändern, bleibt es für uns eine vorrangige Aufgabe, klar und konsequent marxistische Positionen zu beziehen und unsere Forderungen mutig zu vertreten. Über Gebrechen und Verbrechen des Imperialismus aufzuklären. Nachzuweisen, dass nur im Sozialismus Menschenrechte, nämlich Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit, dauerhaft beheimatet sind. Das erfordert geschlossenen und entschlossenen Kampf aller progressiven Kräfte.

### **Wahlnachbetrachtung**

*Raimon Brete, Matthias Schwander und Horst Seiler, TAG Chemnitz*

Wenn es noch lichter in unseren Reihen wird, und der Bundesvorstand sowie die Fraktion der Linken nicht endlich selbst- und schonungslos die äußerst besorgniserregende politische Situation analysiert, dann wird das Projekt »DIE LINKE.« scheitern. Dann über-

lässt sie Menschen, die Hoffnungen auf wirkliche und ganz notwendige soziale Veränderungen und auf eine friedliches Leben haben, der unsozialen, scheinheiligen und menschenverachtenden Politik der bürgerlichen Parteien. Die Linke muss konsequent zu ihrem politischen Markenkern und zu einer realistischen Politik zurückfinden und sich wieder den Menschen mit ihren Alltagssorgen zuwenden, also kümmern. Auch träumen ist sicher erlaubt, nur nicht von einer imaginären Regierungsbeteiligung, sondern von einer andere und gerechteren Gesellschaft und den Weg dahin. Kompass müssen dabei das Parteiprogramm und die Ergebnisse der letzten Strategiekonferenz sein. Wenig oder gar nicht helfen die jüngsten Äußerungen von Katja Kipping zu vermeintlichen Ursachen der krachenden Wahlniederlage - Abstimmungsverhalten zum Bundeswehreinsetzung in Afghanistan - überhaupt nicht, denn dann wird sich die Linke als konsequente Friedenpartei endgültig verabschieden. Es bedarf eines ehrlichen, solidarischen und konsequenten Neuanfangs. Vielleicht bedarf eines nunmehr ganz dringend der breiten Einbeziehung der Basis, von Regionalkonferenzen sowie eines Sonderparteitages. Für wirkungsvolle und rasche Signale für Veränderungen wäre es auch dringend erforderlich, die linken Kräfte zusammenzuführen und gemeinsame Aktivitäten mit anderen gesellschaftlichen Kräften aus den Gewerkschaften und der Friedensbewegung zu beraten. DIE LINKE könnte dazu einladen und Fragen des gemeinsamen Kampfe für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Solidarität auf die Tagesordnung setzen. Es ist wenig einleuchtend, dass vier linke Parteien nicht gemeinsam an einem Strang ziehen können, an dessen Ende eine menschliche, solidarische und friedfertige Gesellschaft steht.

### **Hochstapler des Tages**

*Sebastian Carlens (JW 13.9.21, Seite 8)*

Die irre Skandalgeschichte um die »Stasi-Gedenkstätte« Hohenschönhausen ist um eine bizarre Facette reicher: Am Freitag be-

richtete die Märkische Allgemeine Zeitung, dass ein AfD-Politiker unter falscher Identität Besucher durch die Anlage geführt haben soll. Als angebliches Stasi-Opfer »Olexander Sbutewitsch« habe Rainer Schamberger monatlich 2.000 Euro kassiert. Seit 2017 treibt er dort sein Unwesen; der Schwindel flog erst auf, als er sein Honorar auch noch an der Steuer vorbeischleusen wollte. Selbst dann log Schamberger weiter: Er könne gemeinsam mit »Sbutewitsch« erscheinen, um die Anschuldigungen zu entkräften. Schließlich habe er die Vorwürfe doch noch eingeräumt. Ulrike Lippe, Sprecherin der Gedenkstättenstiftung, äußerte gegenüber der B. Z., dass nach Aufkommen von Zweifeln »unverzüglich gehandelt« worden sei.

Jahrelang konnte ein Hochstapler dort Schüler indoktrinieren, niemand merkte es – bezeichnend für die Seriosität des gesamten Konzeptes. Und keineswegs der erste Eintrag in dieser Chronique scandaleuse. 2018 war der notorische Selbstdarsteller Hubertus Knabe als Leiter abgelöst worden, nachdem sein Stellvertreter Helmuth Frauendorfer wegen Stalkings geschasst worden war: Dieser sexuelle Prädator hatte seinen Job als Jagdgebiet genutzt. Die FAZ konstatierte beim Gedenkstättenförderverein eine »rechtspopulistische Schlagseite«: AfD-Leute hätten die Struktur gekapert. Der Fall Schamberger-Sbutewitsch illustriert dies. In Hohenschönhausen können Scharlatane machen, was sie wollen. Das Publikum wird zwangsweise herangekarrt; regelmäßig werden Schulklassen durch die Zellen des früheren Gefängnisses geschleust.

Was tun – Hohenschönhausen schließen? Umwidmung wäre sinnvoller: Als Gedenkstätte für staatlich inszeniertes DDR-Bashing, das selbst vor Indienststellung von Kriminellen nicht zurückgeschreckt ist.

Der Vorstand der GRH gratuliert sehr herzlich allen Geburtstagskindern im Monat Oktober, insbesondere den folgenden Jubilaren, und wünscht ihnen beste Gesundheit, Kraft, viel Glück und ein weiterhin erfülltes Leben.

**zum 97. Geburtstag**

*Alice Uhlig, Frankfurt Oder*

**zum 93. Geburtstag**

*Herbert Teschner, Dietzenbach*

**zum 92. Geburtstag**

*Karli Coburger, Berlin*

*Werner Beck, Bernau*

**zum 91. Geburtstag**

*Hugo Adam, Berlin*

**zum 90. Geburtstag**

*Heinz Kunze, Berlin*

**zum 85. Geburtstag**

*Gertrud Schneider, Leipzig*

*Dr. Klaus Emmerich, Edertal-Mehlen*

*Kurt Baumgarten, Werder*

**zum 80. Geburtstag**

*Johannes Uhlig, Bernau*

**zum 75. Geburtstag**

*George Pumphrey, Berlin*

**zum 70. Geburtstag**

*Wolfgang Weigelt, Berlin*

*Gerhard Matthei, Großenstein*

**zum 60. Geburtstag**

*Andreas Notroff,, Plauen*

**"Geschichtsbildung" auf bundesdeutsch**

*Hans Bauer (Die Rückkehr deutscher Kolonialoffiziere in UZ vom 17.9.21)*

Noch stärker als bisher sollen auch die alten Bundesländer in die „Aufarbeitung“ der DDR-Geschichte eingebunden werden. Das betrifft vor allem junge Menschen, wie ein jüngstes Beispiel belegt. So führte ein viertägiger Berlinaufenthalt einer zehnten Klasse aus dem Kreis Gießen (Hessen) an drei Ta-

gen zu „DDR-Gedenkorten“ (Mauermuseum, Tränenpalast, UHA-Hohenschönhausen, DDR-Museum). Lediglich ein Besuch fand an der Gedenkstätte Deutscher Widerstand (Bendlerblock) statt, keiner in Plötzensee oder am Sowjetischen Ehrenmal in Berlin-Treptow. Dabei hätte sich aktuell im Juni 2021 – anlässlich des 80. Jahrestages des Überfalls der faschistischen Truppen auf die Sowjetunion – gerade dort ein Besuch angeboten. Die Auswahl der Besuchsorte richtete sich offenbar nicht nach wirklichen Bildungserfordernissen, sondern nach politischen Orientierungen und der Unterstützung durch Fördermittel.

### **Köpenicker Blutwoche**

Unser Mitglied Reiner Kotulla aus Sonneberg besuchte das Denkmal der Köpenicker Blutwoche in Berlin-Köpenick. Zwei Gedenktafeln der DDR waren angeblich in der "Wendezeit" gestohlen worden.

Ihm fiel auf: Der klare und berührende Text zu DDR-Zeiten lautete:

*„Unvergessen sind die aufrechten Kämpfer gegen den Faschismus, die während der Köpenicker Blutwoche im Juni 1933 auf diesem Grundstück grausam misshandelt, ermordet und in die Dahme versenkt wurden“*  
Die neue Tafel, ein Zeugnis heutiger Geschichtsfälschung-Wahrheit, Lüge und Hetze:

*„Das von Walter Satkowski (1890-1983) geschaffene Denkmal auf dem Platz des 23. April wurde am 7. Oktober 1969 eingeweiht. Es erinnert an die als Köpenicker Blutwoche in die Geschichte eingegangene Terroraktion der Nationalsozialisten und ihrer Sturmabteilungen (SA) vom Juni 1933, in deren Verlauf zahlreich politische Gegner verfolgt, misshandelt und ermordet wurden. Im Jahre 1971 wurde das Denkmal vom gleichen Künstler durch eine als geschwungener Betonfries ausgebildete Reliefwand mit dem Titel ‚Unser friedlicher Aufbau‘ erweitert. Neben der Mahnung und der Erinnerung an*

*die Verbrechen der Köpenicker Blutwoche kam diesem zentralgelegenen Denkmal in besonderem Maße die Aufgabe zu, den Widerstand gegen das NS-Regime im Bewusstsein der DDR-Bevölkerung wachzuhalten. Bis 1989 zu den Jahrestagen der Köpenicker Blutwoche veranstaltete Kundgebungen und Fahnenappelle belegen auf deutliche Art und Weise die einseitige politische Vereinnahmung der Köpenicker Juniereignisse.*

*Seit 1990 ist dieser Ort Gegenstand politischer Auseinandersetzungen um Inhalt und Form des Gedenkens an die Opfer der Köpenicker Blutwoche.“* (siehe auch rotinfo sonneberg)

Vom Faschismus kein Wort, dafür aber Verunglimpfung der DDR!

### **Zur Erinnerung**

#### **(Termine im Oktober und November)**

24. Oktober, 14:00 Uhr: Gemeinsame Werner-Seelenbinder-Ehrung mit dem Freundeskreis der Sport-Senioren Berlin und der VVN/BdA Neukölln im Werner-Seelenbinder-Sportpark, Neukölln, Oderstraße.

6. November, 9:00 Uhr bis 14:30 Uhr: Grenztreffen der GRH in der Landkostarena Bestensee.

18. November, 10:00 Uhr bis 15:30 Uhr: Herbstveranstaltung des Arbeitskreises Kultur- und Bildungsreisen der GBM im Münzenbergsaal des Bürogebäudes Berlin, Franz-Mehring-Platz 1.

### **Ehrendes Gedenken unserem verstorbenen Mitglied**

#### **Werner Ulbricht aus Berlin**

Er verstarb am 1. September 2021 im Alter von 87 Jahren

Unser Mitgefühl gilt allen Hinterbliebenen  
Der Vorstand, TAG Lichtenberg